

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleininterg, Klinga, Köhna, Lindhardt, Pomken, Staudnitz, Throna nsw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Verkaufspreis wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis** monatlich Mk. 250.— ohne Austragen, Post einschl. der Postgeb. monatlich Mk. 275.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6 Spalten, Beilagen 200.— Mk., auswärts 250.— Mk. Ankl. Teil Mk. 400.—, Reklamezeile Mk. 500.—, Beilage nach Vereinbarung. Schwierig. Geh. 50%, Nullschlag. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormitt. des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufsicht entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 66

Mittwoch den 6. Juni 1923

34. Jahrgang

Amtliches.

Der Feuerungsauflage zu den Eisenbahnlinien wird mit Rücksicht auf die weiter fortgeschrittene Geldentwertung auf Grund Beschlusses des Bezirksausschusses vom 31. Mai 1923 mit Wirkung vom 1. Juni 1923 auf das

890fache

der Grundgebühren festgesetzt.

Grimma, 1. Juni 1923.

Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Nach englischen Blättern werden die kommenden Wochen den ernstesten und verheißungsvollsten Versuch bringen, den Anstoß der Reparationsforderungen entgegenzusetzen. Wir erwarten zu befechtigen.

In Berlin wurden mehrere kommunistische Preiskontrollen und die Forderung einer proletarischen Hundertstunde verhandelt. In München begann der Prozess Fuchs-Nachhaus, denen hochverratliche Beziehungen zu Frankreich nachgefragt werden. Montag morgen erhängte sich der Angeklagte Nachhaus im Gefängnis.

Der englische Premierminister Baldwin fährt nicht, wie verbreitet worden war, zu einer Reparationskonferenz mit Poincaré nach Paris.

Der bulgarische Vertreter in Lausanne protestierte offiziell gegen die Zuweisung von Karagatsch an die Türkei.

Vor dem neuen Angebot.

Nachdem die letzten Besprechungen der Regierung mit den in Betracht kommenden Regierungskreisen abgeschlossen worden sind und auch außenpolitisch die erforderlichen Vorbereitungen so gut wie beendet werden konnten, stehen wir nunmehr unmittelbar vor der Abendung der neuen Note an die Alliierten. Man ist in der breiten Öffentlichkeit über ihren Inhalt in großen Zügen so ziemlich unterrichtet. Im besonderen war wieder die französische Presse auch diesmal genauestens darüber orientiert, daß keine Erhöhung der 30 Milliarden erfolgen werde, daß die deutsche Wirtschaft sich gegen eine Lösung auf dem Wege über internationale Anleihen und Jahreszahlungen ausgesprochen hat. Die Verständigung über den Anteil, den die einzelnen Wirtschaftsfaktoren an der Garantie für die Durchführung dieser Zahlen zu übernehmen haben, scheint, wie man sieht, unter dem Druck der Verhältnisse weniger schwer erreicht worden zu sein, als das vielleicht zu einem früheren Zeitpunkt der Fall gewesen wäre. Allerdings ist ein eigentliches Urteil darüber erst möglich, wenn die Note im Wortlaut vorliegt. Denn es machte zuletzt ganz den Eindruck, als ob von den Linksparteien her versucht würde, auf den Kanzler einen Druck auszuüben, weil man auf dieser Seite mit seinen Entscheidungen gegenüber der Industrie als nicht genügend weitgehend nicht zufrieden sein wollte. Was derartige Absichten, falls sie wirklich in dem angegebenen Umfange in Erscheinung getreten wären, bei dem Reichskanzler Dr. Cuno für eine Wirkung ausüben müßten, und welche Forderungen sich daraus ergeben könnten, muß fürs erste dahingestellt bleiben.

Obgleich nun aber die Ententestaaten die neue deutsche Note geradezu erprecht haben, so ist es doch noch gar nicht so sicher, ob sie ihr, wie immer auch ihr Inhalt sein mag, wirklich die Bedeutung zusprechen, die ihr bisher anscheinend beigemessen werden sollte. Wir müssen vielmehr damit rechnen, daß auf der Gegenseite die Unterhandlung ganz unabhängig davon inzwischen hinter den Vorhang weitergegangen ist, und daß die Reparationsfrage dabei, ohne daß wir darüber genauer informiert wären, wesentlich gefördert worden ist. Versucht sich nicht in unserem Sinne! Denn jenseitig läßt sich immerhin feststellen, daß man unter dem neuen Kabinett Baldwin in England an das entscheidende europäische Problem mit ganz zielbewusster und ergatter Einstellung herantreten und für die neue Auffassung in Brüssel und in Rom Stimmung zu machen sucht. Es ließ sich weiter sogar erkennen, daß diese Bemühungen nicht ganz erfolglos bleiben; denn sicherlich ist die Tatsache, daß die belgische Regierung Herrn Poincaré trotz seines sehr energischen Widerstrebens dazu gebracht hat, in den nächsten Tagen nach Brüssel zu kommen, im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß man in Brüssel des Rückhaltes in London sicher war und den Fortschritt der Pariser Verhandlungen nicht fürchtete. In der Sache selbst hat man in Brüssel wie in London zur Stunde jedenfalls ein ganz bestimmtes Reparationsprogramm fertig, und es könnte durchaus sein, daß die bevorstehende Konferenz mit Poincaré das Ziel hat, Frankreich mit dem Vorteil eines Einheitsprogramms auf Grund dieser beiden Einzelprogramme zu gewinnen. In dem Brüsseler Programm spielen bekanntlich Monopolisteuer auf die Hauptgenutzmittel des deutschen Volkes, wie Kaffee, Tee, Zucker, Alkohol usw. eine ausschlaggebende Rolle. Das Londoner Programm wiederum geht nach verschiedenen öffentlichen Mitteilungen im ganzen auf die Vorschläge von Lord Ramsay vom Januar d. J. zurück, die damals von Poincaré scharf abgelehnt worden sind, da sie nur 50 Milliarden enthielten. Es mag angeführt werden, daß es jetzt in diesem Vorschläge soart heißt, sie sollten, dem an der Ruhr verursachten Schaden entsprechend, der verringerten Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt werden. Deshalb würde dann Deutschland 40 Goldmilliarden

Jahreszahlungen zu leisten haben, von denen 30 auf Frankreich, 5 auf Belgien entfielen. Erst nach deren Bezahlung soll England mit seinen Ansprüchen beteiligt werden. Der englische Premierminister Baldwin selbst hat sich aber über diese und andere Dinge vorsichtigerweise nicht geäußert; dagegen fällt es auf, daß er in dem Interview, das er soeben dem Chefredakteur des „Paris Post“ gewährte, in betonter Form von der Notwendigkeit der Sicherung Frankreichs spricht.

Dabei muß man sich erinnern, daß in jüngerer Zeit in England für uns sehr unerfreuliche Stimmen dahin laut geworden sind, daß Deutschland es doch gar nicht so überaus vernünftig brauche, wenn die Rheinlande internationalisiert werden würden. Es gibt nun bei uns nicht wenige Leute, die hier den eigentlichen entscheidenden Punkt der Verhandlungen der nächsten Zeit erblicken und die deshalb ebenfalls meinen, wir könnten in der neuen Note mit Engländern reden, und die anderen würden trotzdem in ihnen bereits gefassten Entschlüssen nicht wandern. Es braucht aber nicht besonders betont zu werden, daß jede Lösung der Rheinlande, die Form ist dabei ganz gleichgültig, bei uns innenpolitisch zu den schwersten Konsequenzen führen müßte, denn es gäbe wohl keine Regierung, die eine derartige Unterschrift leistet.

Aber über dies alles werden wir ja nun bald klar sehen, im besonderen auch darüber, wie Poincaré sich verhält. Die Verbindung zwischen London, Brüssel und Rom ist sicherlich in der letzten Zeit enger als früher geworden. Aber selbst, wenn sie stark genug wäre, Poincaré zum Nachgeben zu zwingen, so ist damit durchaus noch nicht gesagt, daß alle Schwierigkeiten bereits behoben wären. Die neue Note hat den Zweck, die Erörterung fortzuführen. Wir unjenerseits aber sind entschlossen, dabei ein energisches Wort mitzutun.

Der französisch-belgische Plan.

Der französisch-belgische Reparationsplan steht außer einem vierjährigen Moratorium für Deutschland eine gemeinschaftliche französisch-belgische Priorität der Wiederaufbauverträge vor durch deutsche Reparationszahlungen und Sachleistungen, die ausschließlich zuerst dem Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens dienen sollen. Die Gesamtverbindlichkeiten Deutschlands aus diesem Plan werden, wenn man annimmt, daß Deutschland eine Jahresrate von 1 Milliarde Goldmark aufzuerlegen werden soll, bis 1927 auf rund 39 Milliarden geschätzt. Nach diesem Plan müßte England, wenn man annimmt, daß die Leistungen der Moratoriumsjahre auf dem Anleihewege ausgetragen werden würden, 35 Jahre warten, bis es irgendeinen Anteil an deutschen Zahlungen erhalten würde.

Die Massenausweisungen.

Der Barbarentrieg gegen die Kinder.

Die Rheinlandkommission hat in der Zeit vom 26. bis 29. Mai 1923 neue Ausweisungen von Beamten und Angestellten der Eisenbahn und der Polizeiverwaltung verfügt. Ferner sind in den Reichsbahndirektionsbezirken Frankfurt a. M., Ludwigshafen und Trier von der französischen Besatzungsbehörde wiederum 72 Eisenbahnbedienstete mit ihren Familien ausgewiesen worden.

In Köln traf ein Transport ausgewiesener Eisenbahner mit Familien aus Eiblar und Umgegend ein. Diese waren nach 2 um 2 Uhr ausgepackt worden, sich sofort zur Abreise ins unbefestigte Gebiet fertigzumachen, da sie ausgewiesen seien. Unmittelbar darauf mußten sie auch schon abreisen. Nach Empfang und Bewirtung wurde der Transport nach Hagen weitergeleitet. Abends traf dann mit einem Dampfer ein weiterer Transport ausgewiesener Eisenbahnerfamilien aus Stadlola, Jänkerau und Schüller ein, darunter 59 Kinder bis zu 10 Jahren und 67 unter vier Jahren. Nach den Mitteilungen der Vertriebenen waren die genannten Orte militärisch umstellt, alle Eisenbahner rückwärtslos ausgewiesen und dadurch 350 Menschen von Haus und Hof vertrieben worden. Alle Habe mußte zurückgelassen werden. Ein am Zug zufällig anwesender Schwede, der seiner Empörung über die roten Ausweisungen unerschütterlich deutscher Ausdrucks gab, stiftete für die Fürsorge der Ausgewiesenen einen namhaften Geldbetrag.

Gegen die Kurstreifer.

Schärfere Maßnahmen in Beratung.

In einer Sitzung im Reichsfinanzministerium, an der Vertreter der Reichsbank und der Berliner Banken und Bankiers teilgenommen haben, um über neue Maßnahmen gegen die katastrophale Marktverwertung zu beraten, wurde eine Beschränkung der Ausweise im freien Devisenhandel erwogen. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Dringlichkeit der vorliegenden Aufgabe werden die Beteiligten in diesen Tagen wieder zusammentreten und versuchen, unter Zustimmung

Sofortiger, provisorischer Verfügungs.

inszwischen ergriffene Maßnahmen auszuweiten, die zur beschleunigten Durchführung der Regierungsvorhaben werden können. In diesem Zusammenhang sind die Bankvertreter durchaus bereit, die Regierung bei irgendwelchen Maßnahmen, die einen polizeilichen Charakter tragen, zu unterstützen. Es erscheint möglich, daß man den nicht amtlichen Devisen- und Noten-

handel verbieten wird. Daneben dürfte eine schärfere Überwachung des ganzen Devisengeschäfts mit Zustimmung der beteiligten Kreise angeordnet werden. Man glaubt dagegen, daß eine Situationsaktion im eigentlichen Sinne nicht mehr eingeleitet wird.

Die Streifbewegung.

Die Reichsregierung erseht die Tumultschäden

Während in den Kohlengebieten der Ruhr fast alle Gruben wieder im Betrieb sind, dehnte sich gegen Wochenende die Streifbewegung im übrigen rheinisch-westfälischen Industriegebiet noch immer aus. In Remscheid versuchten die christlichen Gewerkschaften eine Einigung zu erzielen, aber dieser Versuch scheiterte an der Haltung der Kommunisten. Im Buppertal sind drei große Betriebe der Metallbranche in Barmen in den Ausfall getreten, und außerdem gärt es weiter. Auch in Berlin machten sich Streifgelüste bemerkbar. Montag morgen blieben im Südosten die Straßenbahnen plötzlich auf den Straßen stehen, ebenso verlagte die Elektrizitätslieferung in vielen Betrieben. Der Grund dafür lag in einer passiven Resistenz, die die Arbeiter zweier Elektrizitätswerke ausübten. Sie verlangten die Auszahlung eines Vorschusses in Höhe von 50 000 Mark. Als ihnen diese Forderung abgelehnt wurde, legten sie die Arbeit sofort nieder. Nach umlaufenden Gerüchten beachteten auch die anderen städtischen Werke, sich dem Vorgehen dieser Arbeiter anzuschließen. Nach einer Mitteilung des Magistrats, daß er sofort, ohne die Genehmigung des Reichsfinanzministeriums, Vorschusszahlungen in Höhe bis 50 000 Mark gewähren werde, nahmen die Arbeiter ihre Tätigkeit wieder auf.

In Köln, wo die städtischen Arbeiter streikten, fällte die Stadtkommission einstimmig eine Entscheidung, nach der mit Rücksicht auf die Geldentwertung in den letzten Monaten die Grundlöhne vom 24. Mai ab gleichmäßig in allen Berufsgruppen erhöht werden. In einer Versammlung der Straßenbahner wurde die vorgeschlagene Urabstimmung abgelehnt und darauf durch Handaufheben die Weiterführung des Streiks beschlossen. Dagegen beschloffen die übrigen Organisationen der Staats- und Gemeindefahrer, freie und christliche, die Wiederaufnahme der Arbeit. — Größere Demonstrationen von Arbeitslosen werden aus Brüssel gemeldet.

Erfolg für Unruherschäden.

Im besetzten Gebiet sind durch die von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen erhebliche Schäden entstanden. Die Reichsregierung wird über das Tumultschadengesetz hinaus deutschen Reichsangehörigen diejenigen Sachschäden, die im Zusammenhang mit den Unruhen durch Gewalt oder durch ihre Abwehr unmittelbar verursacht sind, in Orten, in denen die Polizei durch Maßnahmen der Besatzung an ordnungsmäßigem Eingreifen verhindert war, vergüten. Soweit in Gemeinden oder Gemeindeverbänden Schäden dieser Art entstanden sind, soll ihnen im Wege der bisherigen Notstandsmassnahmen abgeholfen werden.

500 Personen in Bochum-Dortmund verhaftet.

Die Ermittlungen nach den Anführern der kommunistischen Unruhen und den Angehörigen der Hundertschaften werden mit Nachdruck fortgesetzt. In Dortmund ist die Zahl der Verhafteten sehr groß. Es wurden etwa 500 Personen festgenommen und vernommen. Ein Teil der Leute mußte wieder freigelassen werden, da ihnen die Beteiligung an einer strafbaren Handlung nicht sofort nachgewiesen werden konnte. Bei den Hausdurchsuchungen hat man Waffen und Munition in reichem Maße gefunden. Die Polizei hat alle Wirtschaften und Restaurationen, in denen die Hundertschaften ihre Versammlungen abhielten, geschlossen. Auch in Herde hat man in gleicher Weise Verhaftungen vorgenommen und aus einer Wirtschaft allein etwa 50 Personen verhaftet.

Chronik der Gewalttaten.

In Trier wurde auf dem Hauptmarkt der Gärtner Ditz erschossen. Augenzugegen beobachteten die beiden Sonderbündler Schneider und Reier des Nordes, die sich der Festnahme durch Vorweis französischer Schußwaffen entzogen. Die Besatzungsbehörde hat die Verhaftung der beiden verboten.

In Düsseldorf wurden unter der Anklage der Spionage die Mitglieder der sogenannten Gruppe Deagen von dem französischen Kriegsgericht verurteilt. Der teil lautete gegen Sanders auf zehn Jahre Gefängnis, den Jäncke auf fünf Jahre, gegen Marz auf zwei Jahre und gegen Weiss auf sechs Monate Gefängnis und je eine Million Mark Geldstrafe.

Bei der französischen Eisenbahnregie sind entlassen im Monat Mai: 17 Kohlenzüge, 15 Personenzüge, darunter drei Schnellzüge und ein Militäruzug, sechs Leertzüge und zwei Lokomotiven; außerdem sind fünf Lokomotiven explodiert. Der Regiebetrieb hat im Monat Mai im ganzen wenigstens 62 Unfälle zu verzeichnen gehabt.

Die Franzosen haben den Eiszug von Limburg, der die Station Weiskirchen durchfahren sollte, gewaltsam aufgehalten. Der Lokomotivführer wurde heruntergeholt, die Reisenden wurden einer Bahrtour unterzogen. Sämtliche Reisende, die ohne Bahrtour waren, wurden mit einer Geldbuße von 50 000 Mark belegt.